

Die geostrategische Bedeutung Vietnams in Südostasien

Gerhard Will

Vietnams geographische Lage und sein historisches Verhältnis zu Südostasien

Schon ein kurzer Blick auf die Landkarte Südasiens zeigt, dass Vietnam allein aufgrund seiner geographischen Lage über eine zentrale Position in dieser Region verfügt. Der Süden der indochinesischen Halbinsel stellte schon vor mehr als 2000 Jahren einen wichtigen Kreuzungspunkt internationaler Handelsrouten zwischen West und Ost dar. Ausgrabungen, bei denen im Süden Vietnams römische Münzen gefunden wurden, belegen dies augenfällig.

Wenn wir uns die Geschichte Vietnams während der letzten 1000 Jahre ansehen, so stoßen wir auf die erstaunliche Tatsache, dass die Vietnamesen, besser gesagt der vietnamesische Staat, mit diesem geographischen Vorteil wenig anzufangen wusste, ja dass er diese von der Natur gegebene regionale und internationale Verflechtung des Landes eher misstrauisch betrachtete. Vietnams Geschichte ist seit dem 11. Jahrhundert durch einen lang andauernden Wanderungs- und Ausdehnungsprozess gekennzeichnet. Aus ihrem ursprünglichen Siedlungsgebiet im Delta des roten Flusses und Gebieten, die heute zu den chinesischen Provinzen Guangxi und Guangdong gehören, drangen die Vietnamesen in einem mehrere hundert Jahre währenden Prozess in den Süden der indochinesischen Halbinsel vor, deren südlichste Ende Cà Mau erst Ende des 18. Jahrhunderts erreicht worden war.

In dem Maße, in dem sich der vietnamesische Staat dort etablierte, etablierte sich auch sein Staatsverständnis, das entsprechend dem chinesischen Vorbild stets binnenkonzentriert war. D.h. der Staat sieht seine Aufgabe darin, das Land und die Landwirtschaft optimal zu entwickeln und dadurch ein hohes Steueraufkommen zu erzielen. Die früheren Herrscher des heutigen Zentral- und Süd-Vietnams wie z. B. die der Chams hatten es dagegen verstanden, die Küstenlinie zu nutzen und ihre Einnahmen aus dem Überseehandel zu beziehen. Das heißt nicht, dass mit dem Vordringen des vietnamesischen Staates alle Handelsbeziehungen gekappt worden wären, aber der konfuzianisch geprägte Staat stand solchen Beziehungen mit dem Ausland sehr skeptisch gegenüber, er versuchte nach Möglichkeit zu kontrollieren, einzuschränken und war keinesfalls daran interessiert, die Verbindungen zu jenen Ländern und Kulturen zu fördern, die auf ganz anderen kulturellen Wurzeln fußten als der bürokratisch organisierte Staat der vietnamesischen Kaiser. Und bis zum heutigen Tag ist Vietnam der einzige Staat Südasiens, der mit China sehr viel mehr Parallelen aufweist als mit den anderen Staaten dieses Raumes.

Diese Kluft zu den anderen Ländern Südasiens erfuhr während der französischen Kolonialzeit eine weitere Vertiefung. Vietnam wurde in drei unterschiedliche Verwaltungszonen eingeteilt: die Kolonie Cochinchina und die Protektorate Annam und Tongking, die mit den Protektoraten Kambodscha und Laos die Union Indochinoise bildeten, die von Hanoi aus verwaltet wurden. Vietnam hatte sich an das französische



Dr. Gerhard Will, Wiss. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Mutterland zu orientieren, während die anderen Teile Südasiens unter die Herrschaft Englands, den Niederlanden sowie Spaniens bzw. der USA gerieten.

Der Ost-West-Konflikt, in den achtziger Jahren auch der chinesisch-sowjetische Konflikt, der Vietnam und seine Nachbarländer Laos und Kambodscha in einen nahezu 30 Jahre andauernden, verheerenden Krieg mit Millionen von Opfern stürzte, zementierte jene Frontlinien, die durch die Geschichte vorgegeben waren, so dass Vietnam auch nach der Niederlage der USA in Vietnam und der Wiedervereinigung beider Landesteile in seiner Region und auch auf internationaler Ebene weitgehend isoliert war. Seine Verbündeten, die UdSSR und die anderen Länder des sozialistischen Lagers, waren 10 000 km entfernt, während seine Nachbarn, die VR China und die westlich orientierten Länder Südasiens, sich gegen ein Vietnam zusammenschlossen hatten, das schlicht als Speerspitze und Werkzeug des sowjetischen Expansionismus in Südostasien angesehen wurde.

Außenpolitische Neuorientierung

Es bedurfte tief greifender Veränderungen des internationalen wie regionalen Kräfteverhältnisses, bis sich an dieser Situation etwas änderte. Im Frühjahr 1985 hatte Michail Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs der KP der Sowjetunion übernommen. Neben Perestroika und Glasnost propagierte er – zunächst sehr viel weniger beachtet – auch eine „Ökonomisierung der Außenpolitik“. Im Klartext hieß dies: die Sowjetunion müsse in Zukunft weit stärker als bisher ihre Außenpolitik einer Kosten-Nutzen-Überprüfung unterziehen. Solidarische Hilfe müsse sich auch für die Sowjetunion bezahlt machen, gemeint waren damit vor allem die sozialistischen Entwicklungsländer: Kuba, Mocambique, Angola und nicht zuletzt Vietnam und seine Nachbarländer Laos und Kambodscha.

Vietnam war ja zur Jahreswende 1978/79 in Kambodscha militärisch

einmarschiert, hatte in wenigen Tagen die Regierung Pol Pots aus der Hauptstadt Phnom Penh vertrieben und dort eine Hanoi-freundliche Regierung installiert. Doch die Truppen Pol Pots waren damit keineswegs besiegt, sondern formierten sich im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet unterstützt von der VR China, Thailand aber auch den meisten westlichen Ländern neu und verwickelten die vietnamesischen Truppen und ihr kambodschanischen Bundesgenossen in eine kräftezehrenden Guerillakrieg. Es gehört zu den grausamen Ironien der Weltgeschichte, dass Vietnam in Kambodscha die gleiche Erfahrung machen musste, wie die USA in Vietnam: man kann nicht in einem fremden Land gegen einen Guerillarmee, zumal wenn diese von mächtigen Bundesgenossen unterstützt wird, den Sieg davon tragen. Etwa 50 000 vietnamesische Soldaten sind in Kambodscha gefallen; in etwa die gleiche Anzahl wie Amerikaner in Vietnam.

Natürlich gab es in den 80er Jahren eine Reihe von internationalen Verhandlungsinitiativen, doch diese scheiterten daran, dass weder die Sowjetunion noch ihr südostasiatischer Verbündeter Vietnam bereit waren, sich auf jene Bedingungen einzulassen, die von der Gegenseite für unabdingbar erachtet worden waren: allen voran der einseitige Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha. Als im Herbst 1989 Vietnam sich schließlich mit diesem Abzug einverstanden erklärte und ihn auch sehr medienwirksam in Szene setzte, wurde dies zunächst als Propagandacoup abgewertet. Erst allmählich setzte sich die Einsicht durch, dass es sich tatsächlich um einen vietnamesischen Abzug gehandelt hatte und dass nun die Zeit für ernsthafte Verhandlungen gekommen waren, die im Oktober 1991 mit der Unterzeichnung internationaler Vereinbarungen über die Beendigung des Kambodschakonflikts erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Zehn Jahre lang hatte Vietnams militärisches Engagement in Kambodscha sein Verhältnis zu seinen Nachbarn belastet und seine Isolation auf internationaler Ebene perpetuiert, doch dieses Hindernis war nun aus dem Weg geräumt.

Eng mit der Entscheidung zum Rückzug aus Kambodscha war ein anderer Faktor verknüpft, der Hanois Außenpolitik erheblich in Zugzwang brachte und sie zu Schritten veranlasste, die wenige Jahre zuvor noch undenkbar waren: der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers. In kaum mehr als zwei Jahren, von 1989 – 1991, hatte Vietnam seine wichtigsten Bundesgenossen, Hilfsgeber und Handelspartner verloren. Während seine Nachbarn die VR China und die Länder Südasiens mit einem erstaunlichen Wirtschaftswachstum aufwarten konnten, kamen die ab 1986 auch in Vietnam nun offiziell proklamierten Wirtschaftsreformen nur zögerlich voran. Wollte sie nicht das Schicksal der osteuropäischen Länder und deren Führungsmacht die Sowjetunion erleiden, musste die KP Vietnams einen Kurswechsel um 180° vornehmen. In Kambodscha hatte man ja bereits den ersten wichtigen Schritt getan, dem nun weitere folgen mussten.

Die VR China, die während des Krieges das südliche Nachbarland mit immensen Hilfsleistungen unterstützt hatte, war nach dem Sieg im Jahre 1975 mehr und mehr von Vietnam abgerückt, da sich dieses Land immer stärker mit der Sowjetunion solidarisierte, die von Peking des „Sozialimperialismus“ bezichtigt und damit als wesentlich gefährlicher als der US-Imperialismus eingeschätzt wurde. Vietnams Einmarsch in Kambodscha beantwortete die chinesische Führung mit einem „Straffeldzug“, in dem chinesische Truppen die

Nordprovinzen Vietnams verwüsteten. Die gesamten 80er Jahre herrschte zwischen Peking und Hanoi eine Art „Kalter Krieg“, in dem China all seine ökonomischen wie politischen Ressourcen einsetzte.

Es entsprach durchaus dem traditionellen Selbstverständnis Chinas, das Vietnam stets als kleinen Bruder betrachtet hatte, dass der Schritt zur Aussöhnung von Vietnam aus zu erfolgen hatte. So reiste denn die vietnamesische Partei- und Staatsführung im November 1992, gleich einer traditionellen Tributmission, von Hanoi nach Peking, um dort formell jenen Quasi-Kriegszustand zu beenden, der Vietnam im weit härteren Maße als China getroffen hatte. Der Kotau in Peking war sicherlich mit dem vietnamesischen Selbstbewusstsein schwer zu vereinbaren, andererseits sah gerade die KP Vietnams in der VR China ein Modell, mit der man die Wirtschaft reformieren und sehr viel leistungsfähiger machen konnte, ohne das Herrschaftsmonopol der Kommunistischen Partei aus den Händen zu geben. Schon vor 1992 hatte man sich mit großem Eifer an dem marktwirtschaftlichen Reformschritten Chinas orientiert, ohne dies offiziell einzugestehen. Nun konnte man ganz offen den „Erfahrungsaustausch“ zwischen zwei Bruderparteien proklamieren, der durch eine Vielzahl von Delegationen und ein ansteigen des Handelsvolumen mit Leben erfüllt wurde.

Der Normalisierung des Verhältnisses mit der VR China folgte eine Intensivierung des Verhältnisses zu Japan und zu der EU. In denen die vietnamesische Führung nicht nur Handelspartner und Quellen ausländischer Direktinvestitionen, sondern auch potente Geber von Entwicklungshilfe sah und sieht.

1995 stellte dann in der Tat den entscheidenden Wendepunkt in Hanois Außenpolitik dar, mit dem der Ost-West-Konflikt, der gerade in Vietnam Millionen von Menschenleben gefordert hatte, nun auch formell zum Abschluss gebracht wurde. Hanoi und Washington nahmen volle diplomatische Beziehungen auf. Erster amerikanischer Botschafter wurde Pete Peterson, ein ehemaliger Bomber-Pilot, der nach seinem Absturz von 1965 – 73 in Hanoi interniert war. Mit der Gewährung des Agreements für diesen Botschafter wollte Hanoi ganz bewusst ein deutliches Zeichen setzen, dass nun ein völlig neues Kapitel in der Geschichte beider Länder aufgeschlagen werden sollte.

Das zweite wichtige Ereignis in diesem Jahr war die Aufnahme in die ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), die 1967 auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges als Zusammenschluss der klar antikommunistisch orientierten Länder Südostasiens ins Leben gerufen worden war. Vietnam war das erste der vier neuen Beitrittsländer, Laos, Myanmar und Kambodscha folgten. Vietnam hat derzeit den Vorsitz der ASEAN inne und wird 2013 den neuen Generalsekretär der ASEAN stellen. Nach Indonesien ist Vietnam das bevölkerungsreichste Land der ASEAN. Seine Wirtschaftskraft bleibt zwar noch weit hinter der der alten ASEAN-Länder zurück, aber es hat die höchsten Zuwachsraten zu verzeichnen.

Die vorläufige Krönung dieser außenpolitischen Erfolgsserie war schließlich die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO, dem Vietnam – nominiert von den asiatischen Staaten – als nicht-permanentes Mitglied 2008–2009 angehörte. Schon zuvor war Vietnam von der UNO als erstes für die Umsetzung der „One-UN“-Initiative ausgewählt worden, mit der die UNO eine bessere Koordination ihrer verschiedenen Teillorganisationen unter einem gemeinsamen

Dach und unter einer gemeinsamen Strategie anstrebt.

Doch es geht ja hier nicht um eine schlichte Aufzählung der erzielten Erfolge, sondern die Position, die Vietnam auf regionaler wie internationaler Ebene errungen hat, etwas näher auszuloten und nicht zuletzt auf Probleme hinzuweisen, die sich aus dieser Integration ergeben und eventuell einer weiteren Integration im Wege stehen.

Wenden wir uns zunächst der wirtschaftlichen Ebene zu.

Außenwirtschaftliche Verflechtung

In den 80er Jahren waren Vietnams außenwirtschaftliche Beziehungen vor allem durch drei Charakteristika gekennzeichnet. Der Anteil des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt war relativ gering. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die Handelspartner Vietnams etwa 10 000 km von Vietnam entfernt waren und entsprechende Transportkosten verursachten. Nach langem Zögern und auf nicht unerheblichen Druck der Sowjetunion war Vietnam 1978 dem „Rat für gegenseitigen Wirtschaftshilfe“ (RGW) beigetreten, der fortan die außenwirtschaftlichen Beziehungen des Landes koordinierte und organisierte. Was nicht zuletzt bedeutete, dass Waren nicht zu Marktpreisen importiert und exportiert wurden, sondern nach einem von den Plankommissionen der RGW-Länder festgelegten Verfahren getauscht wurden.

Dominierten noch 1990 – immerhin vier Jahre nachdem die Partei- und Staatsführung den Kurs der wirtschaftlichen Reformen proklamiert hatte – die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, so ergibt sich 2009 ein wesentlich ausgeglicheneres Bild. Vietnam hat seine Außenhandelsbeziehungen auf ein breites Spektrum von Ländern diversifiziert; das gilt für die Importe sicherlich im höheren Maße als für seine Exporte. Ostasien und Australien, die 1990 einen marginalen Anteil am Außenhandel Vietnams hatten, sind nun zu wichtigen Handelspartnern Vietnams geworden. Wenn wir uns die Liste der zehn größten Investoren anschauen, so wird diese Verzahnung mit den asiatischen Nachbarn noch deutlicher.

Was hat zu diesen Veränderungen während der letzten beiden Jahrzehnte geführt?

Die KP Vietnams hatte im Dezember 1986 auf ihrem 6. Parteitag eine Politik der ökonomischen Reformen verkündet, die privatwirtschaftlicher Initiative einen weit größeren Spielraum als bisher einräumte. Ein nicht unwichtiger Teil dieses Projekts der Erneuerung (Đôì Mới) war auch eine Reform der Außenwirtschaftsbeziehungen; so wurde z.B. ein neues Gesetz über ausländische Direktinvestitionen erlassen, das wesentlich großzügigere Bestimmungen enthielt, als das vorangegangene aus dem Jahre 1977.

Während man auf binnenwirtschaftlicher Ebene rasche Erfolge erzielen konnte, da viele Entwicklungen schlicht legalisiert wurden, die bereits – wenn auch illegal – praktiziert worden waren, kam man bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen nur schleppend voran. Dies änderte sich schlagartig als 1990/91 mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Bundesgenossen die wichtigsten Handelspartner und Absatzmärkte Vietnams gleichsam über Nacht wegbrachen. Diese Krise erwies sich in der Tat als Chance für diejenigen Kräfte, die seit geraumer Zeit auf neue Absatzmärkte, ausländische Direktinvestitionen und nicht zuletzt auf Importe leistungsfähiger Maschinen gesetzt hatten.

In dieser ersten Phase des Umbruchs waren dies vor allem in Vietnam lebende Auslandschinesen, die mit ihrem weit

über Südostasien gespannten Beziehungs- und Handelsnetz Investitionen mobilisieren und neue Märkte erschließen konnten. Obgleich zahlreiche bürokratische Hindernisse auf staatlicher Seite diesen Prozess nicht gerade begünstigten, hat Vietnam, besser gesagt seine wirtschaftlichen Akteure, doch eine erstaunliche Fähigkeit unter Beweis gestellt, in außerordentlich kurzer Zeit, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen und neue Chancen erfolgreich zu nutzen.

Ein wichtiges Ziel dieses Prozesses der Integration in den Weltmarkt, der natürlich immer von neuen Herausforderungen begleitet sein wird, stellte der WTO-Beitritt Vietnams im Januar 2007 dar. Diesem Beitritt waren Jahre lange schwierige Verhandlungen vorausgegangen und es ist auch sehr viel darüber spekuliert worden, ob Vietnam und seine Wirtschaft überhaupt in der Lage sein würde, diese neuen Herausforderungen zu bewältigen. Ungeachtet der schwer wiegenden binnenwirtschaftlichen Probleme (Inflation, Wachstumsrückgang), mit denen Vietnam seit 2008/9 konfrontiert ist, hat der WTO-Beitritt keineswegs zu jenen negativen Auswirkungen geführt, die vor dem Beitritt mitunter prognostiziert worden waren.

Sieht man sich die Bilanz der ersten vier Monate des Jahres 2010 an, so scheinen die drastischen Rückgänge, die auch im Außenhandel 2009 zu verzeichnen waren, weitgehend überwunden.

Sieht man sich die Bilanz der ersten vier Monate des Jahres 2010 an, so scheinen die drastischen Rückgänge, die auch im Außenhandel 2009 zu verzeichnen waren, weitgehend überwunden. Laut einer Studie der Weltbank zeigen die Exporte um knapp 24% an, bei den Importen war sogar eine Steigerung von mehr als 36% zu beobachten. Aufschlussreicher als diese allgemeinen Zahlen sind für unser Thema die regionalen Anteile an diesen Handelsströmen, da sich hier sehr deutlich zeigt, dass der Handel mit den Ländern der Region noch sehr viel stärker angestiegen ist, als mit den weit entfernten Märkten der USA und EU. So wuchsen Vietnams Exporte nach Indonesien um 117%, die in die VR China um 44% und die nach Korea um knapp 40%.

Natürlich sind damit noch keineswegs alle außenwirtschaftlichen Probleme Vietnams gelöst. Nach wie vor kämpft Vietnam darum, als Marktwirtschaft anerkannt zu werden, damit es nicht permanent mit immer neuen Anti-Dumping-Verfahren überzogen werden kann, die auf einem juristischen Terrain ausgetragen werden müssen, mit dem Vietnams Konkurrenten sehr viel besser vertraut sind. Darüber hinaus ist natürlich Vietnams Wirtschaft aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit von Importen wie Exporten von allen Schwankungen des Weltmarktes betroffen und muss versuchen, damit zurechtzukommen.

All dies ändert nichts an der Tatsache, dass Vietnam in internationale wie regionale Märkte wie auch in Länder übergreifende Produktionsketten sehr gut integriert ist und dass diese Integration Wachstumsmöglichkeiten eröffnete, die diesem Land lange Zeit verschlossen waren. Unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet hat Vietnam nun seine geographische Position in der Mitte Südostasiens optimal genutzt, der es über Jahrhunderte hinweg kaum gerecht werden konnte.

Regionale Integration und Nationale Souveränität

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn wir uns mit dem Bereich der politischen Beziehungen und Sicherheitspolitik befassen. In Südostasien hatte sich bereits im August 1967 die „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) konstituiert, die derzeit sicherlich die bekannteste Regionalorganisation im gesamten asiatischen Raum darstellt. Es hat jedoch geraume Zeit gedauert, bis die ASEAN dieses Format entwickeln konnte. Erst 1976 – fast ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung – waren die Regierungschefs der fünf Gründungsmitglieder Thailands, Malaysias, Singapurs, Indonesiens und der Philippinen zu einer ersten Gipfelkonferenz zusammengekommen. Und gerade in der Auseinandersetzung mit Vietnam und seinem Vormachtsstreben auf der indochinesischen Halbinsel fand die ASEAN zu einer gemeinsamen politischen Linie, die ihr auch auf internationaler Ebene Status verlieh.

Das hinderte die ASEAN jedoch nicht, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Asien auf Vietnam und die anderen südostasiatischen Länder zuzugehen und sie schließlich als neue Mitglieder aufzunehmen. Vietnam (1995), Laos (1997), Myanmar (1997) und schließlich Kambodscha (1999) traten der ASEAN bei. Nachdem bereits 1984 das Sultanat Brunei ASEAN-Mitglied geworden war, konnte die ASEAN nun tatsächlich ganz Südostasien repräsentieren. Parallel zu dieser Erweiterung bemühte sich die ASEAN einerseits darum die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern zu intensivieren und darüber hinaus, andererseits aber auch zum Motor regionaler Kooperation in Ostasien und dem Pazifik zu werden. Wichtige Stationen in diesem Prozess waren:

- 1994: Die Gründung des ASEAN Regional Forum, auf dem die ASEAN-Staaten mit ihren Dialogpartnern sicherheitspolitische Probleme und entsprechende Lösungsvorschläge erörtern.
- 2003: Die Verabschiedung des Bali-Concord, mit dem das ehrgeizige Ziel proklamiert wurde, bis zum Jahr 2020 die ASEAN in eine sicherheits-, wirtschafts- und soziokulturelle Gemeinschaft zu transformieren.
- 2007 wurde schließlich eine ASEAN-Charta unterzeichnet, mit der sich die ASEAN als völkerrechtliches Subjekt konstituierte. Statt der eher losen Zusammenarbeit des so genannten ASEAN-Way, der den Konsens aller Mitgliedstaaten unabdingbar voraussetzte, wurde eine stärkere Institutionalisierung proklamiert, die den Aufbau tragfähiger regionaler Strukturen ermöglichen würde. Darüber hinaus verpflichteten sich alle ASEAN-Mitglieder zu Prinzipien wie Demokratie, Menschenrechte und vereinbarten die Errichtung entsprechender Kommissionen.

Diese Politik war innerhalb der ASEAN-Staaten keineswegs unumstritten, auch wenn die Auseinandersetzungen meist hinter verschlossenen Türen geführt wurden. Vietnam gehörte zu den Ländern, die diesen Prozess eher blockierten, denn förderten. Vielmehr forderten seine führenden Repräsentanten, dass auch in die neue Charta jene alten ASEAN-Prinzipien wie uneingeschränkte Wahrung der nationalen Souveränität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen ASEAN-Mitglieds und Beibehaltung des Konsensprinzips aufgenommen werden müssten,

von denen man gerade Abstand nehmen wollte, um die ASEAN auf ein verbindlicheres und inhaltlich klar definiertes Fundament zu stellen.

Die vietnamesische Politik sieht sich hier mit einem sehr grundsätzlichen Problem konfrontiert: Integration bedeutet immer auch Abgabe von Macht und Entscheidungskompetenzen, letztlich eine Einschränkung nationaler Souveränität, um ein höheres Maß an Sicherheit zu erreichen, die wiederum eine unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand ist; ein Prinzip, das abstrakt absolut einseitig ist, aber auf nationaler Ebene nicht immer ganz leicht zu vermitteln und umzusetzen ist. Gerade als EU-Bürger ist uns dieses Problem allzu vertraut.

Begrenzung „Nationaler Souveränität“ stößt in Vietnam auf zwei besondere Widerstände. Zum einen bildet der Kampf um die nationale Unabhängigkeit die wesentliche Herrschaftslegitimation der Führung der SR Vietnam, die ja nicht nur gegenüber den Feinden, sondern auch gegenüber den Bundesgenossen sehr rigoros verteidigt wurde. Soll man diesen hart erkämpften Grundsatz einfach aufgeben? Zum anderen hält die KP Vietnams nach wie vor an ihrem uneingeschränkten Macht- und Führungsmonopol fest, der in Art. 4 der vietnamesischen Verfassung verankert ist. Eine Einschränkung dieses Führungsanspruchs durch supranationale Institutionen lässt sich somit schwerlich mit dem Selbstverständnis der KP vereinbaren.

Statt sich am Aufbau einer tragfähigen aber eben auch einschränkenden regionalen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen, setzt die vietnamesische Führung auf eine Strategie des „Power Balancing“ des „Gleichgewichts der Kräfte“. Sie weiß sich in diesem Versuch einig mit den Regierungen der jüngeren ASEAN-Mitglieder Laos, Kambodscha und Myanmar wie auch führenden Politikern der anderen ASEAN-Mitglieder. Etwas verkürzt gesagt, liegt dieser Strategie die Logik zugrunde: je mehr Mitspieler wir ins Boot holen, desto weniger leicht kann es kippen. Anders ausgedrückt: je breiter und vielfältiger das Netz unserer außenpolitischen und sicherheitspolitischen Beziehungen – einschließlich der Kooperation und Kontakte im militärischen Bereich ist – desto stabiler ist das regionale Umfeld und desto größer ist der eigene außenpolitische Handlungsspielraum. Wer von mehreren abhängig ist, ist schon fast wieder unabhängig.

Im Zuge dieser Strategie hat Hanoi nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA stark ausgebaut, sondern auch erste Schritte unternommen, um eine militärische Zusammenarbeit in die Wege zu leiten. Schiffe der US-Marine wurden freundschaftlich in vietnamesischen Häfen begrüßt, die Verteidigungsminister beider Länder statteten sich gegenseitig offizielle Besuche ab und vietnamesische Offiziere wurden in das amerikanische IMET (International Military Education Training)-Programm aufgenommen, das ansonsten nur Angehörigen verbündeter oder zumindest befreundeter Armeen offen steht. Ähnliche Kooperationsbeziehungen nahm Hanoi mit den japanischen Selbstverteidigungstreitkräften sowie den Armeen Australiens und Neuseelands auf.

Darüber hinaus beteiligt sich Vietnam an den verschiedenen Foren und regionalen Arrangements, die von der ASEAN zur Erörterung sicherheitspolitischer Fragen eingerichtet worden sind, allen voran das ASEAN Regional Forum, aber ASEAN +3 (China, Japan und Südkorea), den East Asian Summit und auch das erst Anfang Juni 2010 eingerichtete „ASEAN Defence Ministerial Meeting + 8 (China, USA, Russland,

Indien, Japan, Südkorea sowie Australien und Neuseeland), das zum ersten Mal im Oktober dieses Jahre in Hanoi einberufen werden wird. Diese Gremien haben durchaus Ergebnisse vorzuweisen, wenn es um den gemeinsamen Bekämpfung nicht-traditioneller Sicherheitsrisiken (wie transnationale Kriminalität, Menschenhandel, Drogenschmuggel aber auch die Eindämmung epidemischer Krankheiten) geht. Sie haben jedoch versagt, wenn es um traditionelle Sicherheitsprobleme wie z. B. territoriale Streitigkeiten und militärische Konfrontationen geht.

Folgt man offiziellen Verlautbarungen vietnamesischer Spitzenpolitiker, so strebt Hanoi eine „umfassende strategische Partnerschaft“ mit der KP Chinas an.

Für Vietnam haben hier die Konflikte um die Inseln in der südchinesischen See (Vietnam.: „Ostsee“) oberste Priorität. Zwar wurde 2002 von allen Konfliktparteien eine „Declaration of Conduct of the Parties in the South-China Sea“ unterzeichnet, in der sich alle Signaturstaaten verpflichteten, keine einseitigen Veränderungen am Status quo vorzunehmen, aber letztlich hat diese Erklärung nicht verhindert, dass es in den vergangenen Jahren nicht nur zu heftigen verbalen Attacken zwischen den Konfliktparteien, sondern auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Todesopfern kam.

Doch der Konflikt um die Inseln in der südchinesischen See ist nur ein – wenn auch nicht unwichtiger – Aspekt des Verhältnisses zur VR China, das nach wie vor die Achillesferse der vietnamesischen Außenpolitik und damit auch der geostrategischen Position dieses Landes in Südostasien bildet. Ich will daher abschließend diese Problematik noch kurz umreißen.

Das Verhältnis zur VR China

Folgt man offiziellen Verlautbarungen vietnamesischer Spitzenpolitiker, so strebt Hanoi eine „umfassende, strategische Partnerschaft“ mit der VR China und der KP China an. In der Tat gibt es einen sehr intensiven Austausch offizieller Delegationen zwischen Vietnam und China. Angefangen von den jährlichen Gipfeltreffen der Partei- und Staatsführungen, gegenseitigen Besuchen der Regierungsvertreter der aneinandergrenzenden Provinzen, der verschiedenen Berufsverbände und nicht zuletzt der Repräsentanten der Armeen beider Länder. Der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern hat enorme Zuwachsraten zu verzeichnen und liegt derzeit bei weit über 20 Mrd. US\$. Sieht man sich die Liste der ausländischen Investoren an, so nimmt die VR China zwar keine Spitzenposition ein, aber auch hier sind in den letzten Jahren enorme Steigerungen zu verzeichnen.

Ein genauerer Blick auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen offenbart jedoch auch die vielfältigen Probleme dieses Verhältnisses. Da ist zunächst die mehr als unausgewogene Handelsbilanz: Der Wert von Chinas Exporten nach Vietnam ist dreimal so hoch wie der seiner Importe aus Vietnam, obgleich diese Importe in den ersten vier Monaten dieses Jahres eine Steigerungsrate von 44 % aufgewiesen hatten. Die Klagen vor allem aus dem Norden Vietnams, chinesische Billigexporte würden den Aufbau einer einheimischen

Konsumgüterindustrie massiv behindern, da diese – vor allem in ihrem Anfangsstadium – nicht mit den chinesischen Waren konkurrieren könne, lassen sich daher gut mit Zahlen belegen. Darüber hinaus haben auch chinesische Investitionsprojekte massive Proteste ausgelöst. International bekannt, da durch das Internet verbreitet, wurde der Protest gegen eine von China im Norden Vietnams betriebene Bauxitmine, an dem sich auch der Held des Befreiungskrieges General Giap beteiligte.

Noch schwerwiegender sind die territorialen Auseinandersetzungen in der südchinesischen See, um die Paracels- und Spratly-Inselgruppen. Peking und Hanoi haben zwar eine Vereinbarung über die Demarkierung der gemeinsamen Landgrenze unterzeichnet und auch umgesetzt, aber für die maritimen Gebiete ist man weit von einer derartigen Einigung entfernt. So wurden in den vergangenen Jahren wiederholt vietnamesische Fischerboote von chinesischen Marineeinheiten aufgebracht, die rücksichtslosen Gebrauch von ihren Schusswaffen machen, so dass eine Reihe von Todesopfern auf vietnamesischer Seite zu beklagen waren. Ein Schlagabtausch offizieller Erklärungen, in der die eigenen Gebietsansprüche unterstrichen und die der Gegenseite negiert werden, haben inzwischen ritualisierte Form angenommen, zumal sie kurze Zeit später wieder von gegenseitigen Freundschaftsbekundungen abgelöst werden. Mit großer Besorgnis werden dagegen von internationalen Beobachtern die Rüstungsanstrengungen bzw. Waffenkäufe beider Seiten aber auch der anderen südostasiatischen Länder beobachtet, die ebenfalls Besitzansprüche in der südchinesischen See anmelden.

Im Verhältnis zu China sieht sich so die vietnamesische Führung mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert. Zum einen gegenüber einem China, das seine territorialen Forderungen mit sehr viel größerem Selbstbewusstsein und stärkerer Militanz vorträgt, als dies vor einigen Jahren der Fall war. Zudem verfügt China über die entsprechenden Machtmittel, um einseitig Fakten zu schaffen, gegen die Hanoi protestieren kann, ohne sie aber rückgängig machen zu können. Seine Versuche, bei seinen regionalen Partnern Unterstützung für seine Position zu mobilisieren, haben bislang nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt. So fand Vietnams Drängen auf dem ASEAN-Gipfel im April dieses Jahres, die Situation in der südchinesischen See mit auf die Tagesordnung zu setzen, bei den anderen ASEAN-Partnern kein Gehör.

Zum anderen sieht sich die KP Vietnams in dieser Frage auch enormen innenpolitischen Druck ausgesetzt. Hatte sie sich doch selbst in den vergangenen Jahrzehnten als Garant jener nationalen Unabhängigkeit stilisiert, die durch die Politik der VR China mehr und mehr in Frage gestellt wird. Umso lauter wird daher die Kritik, die nicht nur von exilpolitischen Gruppierungen im Ausland, sondern auch im vietnamesischen Internet vorgebracht und sogar von der buddhistischen Opposition unterstützt wird. Die zentralen Vorwürfe lauten: die KPV strebe den engen Schulterschluss mit den chinesischen Genossen an, um deren Unterstützung für die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme und die Sicherung des Herrschaftsmonopols der KP zu erlangen. Im Gegenzug sei die KPV bereit, vietnamesisches Territorium an die VR China abzutreten, ihr strategische Rohstoffe zu überlassen und zuzulassen, dass Zehntausende von chinesischen Arbeitskräften nach Vietnam kämen, um dort in chinesischen Projekten zu arbeiten.

Fazit

Vietnam ist es seit Beginn der 90er Jahre mit bemerkenswertem Erfolg gelungen, sich aus jener nahezu vollständigen Isolation zu befreien, in die es nach dem Kriegsende geraten war. Seine Integration in regionale wie internationale Märkte hat wesentlich zu seinem raschen wirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Nachdem die politischen Beziehungen zu allen Nachbarländern normalisiert und intensiviert wurden, hat Vietnam nun jene Position eingenommen, die seine geographische Lage nahe legt.

Um diese Position zu verstetigen und auch jene Konflikte und Spannungen zu meistern, die sich aus dieser Position und der recht unterschiedlichen Interessenlage in der Region ergeben, bedarf es jedoch einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur. Die Bereitschaft, diese zu errichten, ist in der gesamten Region nicht sehr groß und Vietnam gehört eher zu jenen Ländern, die gegen eine Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte erhebliche Vorbehalte hegen. Doch gerade sein Verhältnis zur VR China zeigt, dass nur eine solche Architektur, ein wie auch immer geartetes kollektives Sicherheitssystem, jene Stabilität gewähren kann, die für eine prosperierende Entwicklung Vietnams und der gesamten Region unerlässlich ist. □